Bundesgesetzblatt

Teil II Z 1998 A

1984 Ausgegeben zu Bonn am 14. September 1984 Nr. 30

Gesetz zu dem Abkommen vom 6. Mai 1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bangladesch über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 3. September 1984

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 6. Mai 1981 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bangladesch über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und die Briefwechsel vom 6. Mai 1981 werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll und die Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 3. September 1984

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Genscher

Der Bundesminister für Wirtschaft
Martin Bangemann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bangladesch über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Agreement between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of Bangladesh concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Volksrepublik Bangladesch –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein gegenseitiger Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden, wobei für die Festsetzung und Leistung dieser Entschädigung spätestens im Zeitpunkt der Enteignung in geeigneter Weise Vorsorge zu treffen ist. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage

The Federal Republic of Germany

and

the People's Republic of Bangladesh,

Desiring to intensify economic co-operation between both States,

Intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either State in the territory of the other State, and

Recognizing that promotion and reciprocal protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

Have agreed as follows:

Article 1

Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible the investment of capital by nationals or companies of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

Article 2

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall in its territory subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

Article 3

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection as well as security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and subject to compensation, provision for the determination and payment of which shall have to be made in an appropriate manner at or prior to the time of such expropriation. Such compensation shall be equivalent to the investment expropri-

entsprechen; sie muß unverzüglich geleistet werden, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet in bezug auf Kapitalanlagen den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer des Kapitals, der Erträge und, im Fall der Liquidation, des Liquidationserlöses.

Artikel 5

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei sowie deren Eintritt in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Absätze 2 und 3 und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Absatz 2 oder 3, Artikel 4 oder 5 unverzüglich in der vereinbarten Währung zum jeweiligen Tageskurs für laufende Geschäfte.

(2) Dieser Kurs muß mit den hierfür einschlägigen Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds im Einklang stehen. Im Zweifel ist der Kurs aus denjenigen Umrechnungskursen zu ermitteln, welche der Internationale Währungsfonds anwenden würde, wenn er zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen von Sonderziehungsrechten in die Währungen der beteiligten Länder vornehmen würde.

(3) Sind die Bestimmungen des Absatzes 2 in bezug auf eine Vertragspartei nicht anwendbar, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei im Verhältnis zu einer frei konvertierbaren Währung festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so wird ein Umrechnungskurs zugelassen, der gerecht und billig ist.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder be-

ated; it shall be paid without delay, be actually realizable and shall be freely transferable. The legality of any such expropriation and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment not less favourable by such other Contracting Party than that Party accords to its own nationals or companies, as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

Article 4

Either Contracting Party shall in respect of investments guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of the capital, of the returns from it and, in the event of liquidation, of the proceeds from such liquidation.

Article 5

If either Contracting Party makes payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim from such national or company to the former Contracting Party as well as the subrogation of that Contracting Party to any such right or claim, which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments to be made to the Contracting Party concerned by virtue of such assignment, paragraphs 2 and 3 of Article 3 as well as Article 4 shall apply mutatis mutandis.

Article 6

(1) To the extent that those concerned have not made another arrangement admitted by the appropriate agencies of the Contracting Party in whose territory the investment is situate, transfers under paragraph 2 or 3 of Article 3, under Article 4 or Article 5 shall be made without delay in the agreed currency and at the rate of exchange effective for current transactions on the day the transfer is made.

(2) This rate of exchange shall be in accordance with the pertinent regulations of the International Monetary Fund. In cases of doubt the rate of exchange shall be based on those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of Special Drawing Rights into the currencies of the countries concerned.

(3) If the provisions pursuant to paragraph 2 above are not applicable to either Contracting Party, the official rate fixed by that Contracting Party for its currency in relation to a freely convertible currency shall be applied. If no such rate has been fixed, a fair and equitable rate of exchange shall be admitted.

Article 7

(1) If the legislation of either Contracting Party or international obligations existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to the present Agreement contain a regulation, whether general or specific,

sondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen durch Vereinbarung mit Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

(1) Im Sinne dieses Abkommens umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen" alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte, Nießbrauchrechte oder dergleichen;

b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;

c) Ansprüche auf Geld oder auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;

d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und Goodwill;

e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen.

Eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Begriff „Erträge" bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile oder Zinsen entfallen.

(3) Der Begriff „Staatsangehörige" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

b) in bezug auf die Volksrepublik Bangladesch:
Bangalen im Sinne der Staatsangehörigkeitsgesetze von Bangladesch.

(4) Der Begriff „Gesellschaften" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

b) in bezug auf die Volksrepublik Bangladesch:
jede nach dem „Partnership Act" von 1932 gegründete Gesellschaft und jede nach dem „Companies Act" von 1913 gebildete und eingetragene Gesellschaft – „private companies by shares" oder „public companies by shares" –, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Volksrepublik Bangladesch hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Mitglieder durch Anteile oder durch „guarantee" beschränkt ist oder ob sie unbeschränkt ist und gleichviel ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 9

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei schon vor dem Inkrafttreten des Abkommens im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren

entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by the present Agreement, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over the present Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it may have entered into with regard to investments in its territory by agreement with nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 8

For the purpose of the present Agreement

(1) the term "investment" shall comprise every kind of asset and more particularly, though not exclusively,

(a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges, usufructs and similar rights;

(b) shares of companies and other kinds of interest;

(c) claims to money or to any performance having an economic value;

(d) copyrights, industrial property rights, technical processes, trade names and goodwill;

(e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract or exploit natural resources.

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment.

(2) The term "returns" shall mean the amounts yielded by an investment for a definite period as profit or interest.

(3) The term "nationals" shall mean

(a) in respect of the Federal Republic of Germany:
Germans within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany;

(b) in respect of the People's Republic of Bangladesh:
Bangladeshis within the meaning of the citizenship laws of Bangladesh.

(4) The term "companies" shall mean

(a) in respect of the Federal Republic of Germany:
any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the German area of application of the present Agreement and lawfully existing consistent with legal provisions, irrespective of whether the liability of its partners, associates or members is limited or unlimited and whether or not its activities are directed at profit;

(b) in respect of the People's Republic of Bangladesh:
any partnership constituted under the Partnership Act, 1932, and any company formed and registered under the Companies Act, 1913, either private or public, irrespective of whether the liability of its members is limited by shares or by guarantee or is unlimited, having its seat in the territory of the People's Republic of Bangladesh and lawfully existing consistent with legal provisions and whether or not its activities are directed at profit.

Article 9

The present Agreement shall apply to all investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with the latter's legislation; this shall apply in

Rechtsvorschriften vorgenommen haben; dies gilt hinsichtlich deutscher Investitionen in der Volksrepublik Bangladesch für Investitionen, die am 16. Dezember 1971 oder danach vorgenommen wurden. Deutsche Investitionen, die vor dem 16. Dezember 1971 in dem Gebiet von Bangladesch vorgenommen wurden, werden in einem Briefwechsel zwischen den Vertragsparteien geregelt werden.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Ein derartiges Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

Dieses Abkommen bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

Artikel 12

Dieses Abkommen gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Volksrepublik Bangladesch innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Dacca ausgetauscht.

respect of German investments in the People's Republic of Bangladesh made on or after 16 December 1971. German investments made in the territory of Bangladesh before 16 December 1971 shall be the subject of an exchange of letters between the Contracting Parties.

Article 10

(1) Disputes concerning the interpretation or application of the present Agreement should, if possible, be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such an arbitral tribunal shall be constituted for each individual case in the following way: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months of the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it wants to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

Article 11

The provisions of the present Agreement shall remain in force also in the event of a conflict arising between the Contracting Parties, without prejudice to the right of taking such temporary measures as are permitted under the general rules of international law. Measures of this kind shall be repealed not later than on the date of the actual termination of the conflict, irrespective of whether or not diplomatic relations habe been re-established.

Article 12

With the exception of the provisions in paragraph 7 of the Protocol, referring to air transport, the present Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the People's Republic of Bangladesh within three months of the date of entry into force of the present Agreement.

Article 13

(1) The present Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Dacca.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es bleibt zehn Jahre lang in Kraft. Danach bleibt es bis zum Ablauf von zwölf Monaten nach dem Zeitpunkt in Kraft, in dem eine der beiden Vertragsparteien gegenüber der anderen schriftlich kündigt.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrages an.

Geschehen zu Bonn am 6. Mai 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher, bangalischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des bangalischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

(2) The present Agreement shall enter into force one month from the date of the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years. Thereafter, it shall continue in force until the expiration of twelve months from the date on which either Contracting Party shall have given written notice of termination to the other.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of the present Agreement, the provisions of Articles 1 to 12 shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of the present Agreement.

Done at Bonn on 6 May 1981 in duplicate in the German, Bengali and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Bengali texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Hans-Dietrich Genscher

Für die Volksrepublik Bangladesch
For the People's Republic of Bangladesh
Mohammad Shamsul Huq

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Abkommens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bangladesch haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

(1) **Zu Artikel 1**

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz dieses Abkommens.

(2) **Zu Artikel 2**

a) Als Betätigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige Behandlung" im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige Behandlung" im Sinne des Artikels 2.

b) Artikel 2 Absatz 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

(3) **Zu Artikel 3**

Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

(4) **Zu Artikel 4**

a) Als „Liquidation" im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

b) Es besteht Einverständnis zwischen den Vertragsparteien, daß bei der Anwendung des Artikels 4 die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über Steuern, Abgaben und sonstige allgemeine öffentliche Lasten nicht berührt werden.

c) Im Falle außergewöhnlicher Zahlungsbilanzschwierigkeiten kann der Transfer des Liquidationserlöses auf jährliche Raten von mindestens 20 Prozent beschränkt werden, so daß der Transfer innerhalb von höchstens fünf Jahren vom Zeitpunkt der Liquidation an abgeschlossen wird.

(5) **Zu Artikel 6**

Als „unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen sechs Monate überschreiten.

Protocol

On signing the Agreement concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of Bangladesh, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions which shall be regarded as an integral part of the said Agreement:

(1) **Ad Article 1**

Investments made in accordance with the laws and regulations of either Contracting Party within the area of application of that Party's legal system by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of the present Agreement.

(2) **Ad Article 2**

(a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of paragraph 2 of Article 2: the management, maintenance, use, and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of paragraph 2 of Article 2: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of power or fuel or of means of production or operation of any kind, impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 2.

(b) Paragraph 2 of Article 2 shall not apply to entry, sojourn and activity as an employee.

(3) **Ad Article 3**

The provisions of paragraph 2 of Article 3 shall also apply to the transfer of an investment to public ownership, to the subjection of an investment to public control, or to similar interventions by public authorities. Expropriation shall mean the taking away or restricting of any property right which in itself or in conjunction with other rights constitutes an investment.

(4) **Ad Article 4**

(a) "Liquidation" within the meaning of Article 4 shall be deemed to include any disposal effected for the purpose of completely or partly giving up the investment concerned.

(b) The Contracting Parties have agreed that the implementation of Article 4 shall not affect the Contracting Parties' legal provisions concerning taxes, levies and other general public charges.

(c) In the event of exceptional balance of payments difficulties the transfer of the proceeds from liquidation may be restricted to annual instalments of at least 20 per cent so that the transfer will be completed within a maximum period of five years from the date of liquidation.

(5) **Ad Article 6**

A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of paragraph 1 of Article 6 if made within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed six months.

(6) **Zu Artikel 8**

a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen stehen, werden die Vertragsparteien die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Hierunter fallen Beförderungen von

a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne dieses Abkommens bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder in dessen Auftrag angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Abkommens angelegt sind,

b) Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen reisen.

Geschehen zu Bonn am 6. Mai 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher, bangalischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des bangalischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

(6) **Ad Article 8**

(a) Returns from the investment, as well as returns from reinvested returns, shall enjoy the same protection as the investment.

(b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular persons who possess a national passport issued by the appropriate authorities of either Contracting Party shall be deemed to be nationals of that Party.

(7) Whenever goods or persons connected with the making of investments are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport.

This includes the transportation of:

(a) goods directly intended for an investment within the meaning of the present Agreement or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the present Agreement are invested;

(b) persons travelling in connection with the making of investments.

Done at Bonn on 6 May 1981 in duplicate in the German, Bengali and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Bengali texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Hans-Dietrich Genscher

Für die Volksrepublik Bangladesch
For the People's Republic of Bangladesh
Mohammad Shamsul Huq

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 6. Mai 1981

Exzellenz,

ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beziehe mich auf das Abkommen zwischen der Volksrepublik Bangladesch und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und bestätige folgendes:

Deutsche Kapitalanlagen in Bangladesch, die vor Erlangung der Unabhängigkeit der Volksrepublik Bangladesch vorgenommen wurden, genießen den Schutz des Abkommens hinsichtlich der Vermögenswerte, die im Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit vorhanden waren oder seither zusätzlich investiert wurden."

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Genscher

An den
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Volksrepublik Bangladesch
Herrn Professor Mohammad Shamsul Huq

(Translation)

The Minister of Foreign Affairs
of the People's Republic of Bangladesh

Bonn, 6 May 1981

Excellency,

I have the honour to refer to the Agreement concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of Bangladesh, and to confirm the following:

German capital investments in Bangladesh made prior to the achievement of independence by the People's Republic of Bangladesh shall enjoy protection under the Agreement as regards those assets that existed at the time of the achievement of independence or have been invested additionally.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Mohammad Shamsul Huq

His Excellency
the Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany
Mr Hans-Dietrich Genscher

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 6. Mai 1981

Exzellenz,

ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in der Volksrepublik Bangladesch zu erleichtern und zu fördern, wird die Regierung der Volksrepublik Bangladesch deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Volksrepublik Bangladesch einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Gesundheit oder Sittlichkeit entgegenstehen."

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Genscher

An den
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Volksrepublik Bangladesch
Herrn Professor Mohammad Shamsul Huq

The Minister of Foreign Affairs
of the People's Republic of Bangladesh

Bonn, 6 May 1981

Excellency,

Intending to facilitate and promote the making and developing of investments by German nationals or companies in the People's Republic of Bangladesh, the Government of the People's Republic of Bangladesh will grant the necessary permits to German nationals who in connection with investments by German nationals or companies desire to enter and stay in the People's Republic of Bangladesh and to carry on an activity there as an employee, except as reasons of public order and security, of public health or morality may warrant otherwise.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Mohammad Shamsul Huq

His Excellency
the Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany
Mr Hans-Dietrich Genscher

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 6. Mai 1981

Exzellenz,

ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Volksrepublik Bangladesch, um die Vornahme von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet der Volksrepublik Bangladesch bereits vor dem Inkrafttreten des Abkommens zu fördern, das Abkommen vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden wird.

Diese Absichtserklärung wird ausschließlich mit dem Ziel abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in der Volksrepublik Bangladesch vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens erwägen kann."

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Genscher

An den
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Volksrepublik Bangladesch
Herrn Professor Mohammad Shamsul Huq

The Minister of Foreign Affairs
of the People's Republic of Bangladesh

Bonn, 6 May 1981

Excellency,

I have the honour to inform you that the Government of the People's Republic of Bangladesh, in order to promote the making of investments by nationals or companies of the Federal Republic of Germany in the territory of the People's Republic of Bangladesh already prior to the entry into force of the Agreement, will apply the Agreement on a preliminary basis as from the date of its signature.

This declaration of intent is made exclusively to enable the Government of the Federal Republic of Germany to consider guarantees for capital investments to be made in the People's Republic of Bangladesh prior to the entry into force of the Agreement.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Mohammad Shamsul Huq

His Excellency
the Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany
Mr Hans-Dietrich Genscher

Gesetz zu dem Abkommen vom 31. Januar 1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Bau und die Unterhaltung einer Grenzbrücke über die Sauer zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert

Vom 3. September 1984

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 31. Januar 1983 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Bau und die Unterhaltung einer Grenzbrücke über die Sauer zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuerrechts auf die in Artikel 8 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze und Warenbewegungen sind die als deutsches Hoheitsgebiet geltende Baustelle und das Bauwerk als Erhebungs- und Zollgebiet anzusehen.

(2) Die in Artikel 8 Abs. 1 des Abkommens vorgesehenen steuerlichen Bestimmungen sind mit Wirkung vom 1. Januar 1983 anzuwenden.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 3. September 1984

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Genscher

Der Bundesminister für Verkehr
Dr. W. Dollinger

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Bau und die Unterhaltung einer Grenzbrücke über die Sauer zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert

Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République fédérale d'Allemagne concernant la construction et l'entretien d'un pont frontalier sur la Sûre entre les communes de Mertert et Langsur

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Großherzogtum Luxemburg –

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Gegenstand des Abkommens

Zwischen den Geländen der Gemeinden Langsur auf deutschem Hoheitsgebiet und Mertert auf luxemburgischem Hoheitsgebiet wird über die Sauer eine Grenzbrücke (im Zuge der Straßenverbindung Koblenz – Trier – Luxemburg) gebaut.

Artikel 2
Baudurchführung

(1) Für das Brückenbauwerk übernimmt die Bundesrepublik Deutschland die Planung, die Ausschreibung, die Auftragsvergabe, die Bauüberwachung und die Abrechnung.

(2) Der Entwurf des Brückenbauwerks wird auf der Grundlage des von der Straßenverwaltung Rheinland-Pfalz in Koblenz aufgestellten und mit Datum vom 11. Juni 1971 vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Bundeslands Rheinland-Pfalz genehmigten RE-Vorentwurfs (Entwurf nach den Richtlinien für die Entwurfsgestaltung im Straßenbau) des Abschnitts der Autobahn Koblenz – Trier – Luxemburg von der deutschen Bundesstraße B 51 bis zur Grenze im Einvernehmen mit der zuständigen Straßenbauverwaltung des Großherzogtums Luxemburg gefertigt.

Artikel 3
Kosten

(1) Die Vertragsstaaten tragen anteilmäßig die Kosten des Brückenbauwerks und die Verwaltungskosten (wie z. B. Kosten der Planung, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Bauüberwachung, Abrechnung). Die Kostenanteile berechnen sich nach dem Verhältnis der Längen der Brückenteile auf dem jeweiligen alleinigen Hoheitsgebiet zuzüglich der Hälfte der Länge der Brücke über gemeinschaftlichem Hoheitsgebiet. Bei der Kostenaufteilung werden die Verwaltungskosten in Höhe von 10 vom Hundert der Baukosten berücksichtigt.

(2) Bei der Aufteilung der Bau- und Verwaltungskosten ist die deutsche Umsatzsteuer, die in den bezeichneten Kosten

Le Grand-Duché de Luxembourg

et

la République fédérale d'Allemagne,

désireux de faciliter la circulation routière entre les deux Etats ainsi que la circulation de transit à travers leurs territoires respectifs,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1er
Objet de la Convention

Il est procédé à la construction d'un pont frontalier sur la Sûre (dans le contexte de l'axe routier Coblence – Trèves – Luxembourg) entre les terrains des communes de Mertert en territoire luxembourgeois et de Langsur en territoire allemand.

Article 2
Exécution des travaux

(1) La République fédérale d'Allemagne se charge de l'étude du projet, de l'adjudication, de la passation du marché, de la surveillance des travaux de construction et du décompte.

(2) Le projet du pont à construire sera établi sur la base de l'avant-projet RE (projet conforme aux directives concernant l'élaboration de projets de construction de routes) élaboré par l'administration des routes de Rhénanie-Palatinat à Coblence et approuvé par le Ministère de l'Economie et des Transports du Land fédéral de Rhénanie-Palatinat le 11 juin 1971, relatif au tracé de l'autoroute Coblence – Trèves – Luxembourg, qui s'étend de la route fédérale allemande B 51 à la frontière, en accord avec l'Administration des Ponts et Chaussées du Grand-Duché de Luxembourg compétente en la matière.

Article 3
Frais

(1) Les frais de la construction du pont et les frais d'administration y relatifs (tels que frais d'études, d'adjudication, de passation du marché, de surveillance des travaux de construction, de décompte) sont répartis entre les Etats contractants, proportionnellement à la longueur des parties du pont se trouvant sur les territoires respectifs sous souveraineté exclusive plus la moitié de la longueur du pont se trouvant sur le territoire sous souveraineté commune. Lors de la répartition des frais, les frais d'administration sont mis en compte à raison de 10 pour cent du coût de construction.

(2) Lors de la répartition des frais de construction et d'administration, la taxe allemande sur la valeur ajoutée, comprise

enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Bundesrepublik Deutschland getragen.

Artikel 4
Zahlung

(1) Das Großherzogtum Luxemburg erstattet der Bundesrepublik Deutschland den von ihm zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt den Auftragnehmern geleistet werden.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird dem Großherzogtum Luxemburg zwei Monate im voraus den geschätzten Bedarf an Betriebsmitteln für die Abschlagszahlungen mitteilen und es dabei über den Stand der Ausgaben durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Das Großherzogtum Luxemburg zahlt den Rest seines Kostenanteils nach Abnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Deutscher Mark.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten können die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Das Großherzogtum Luxemburg erhält Zweitstücke der Bauverträge, Bestellurkunden und festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 5
Grunderwerb

Jeder Vertragsstaat hat dafür zu sorgen, daß in seinem Hoheitsgebiet das für den Bau der Brücke dauernd oder zeitweilig erforderliche Gelände rechtzeitig zur Verfügung steht, und trägt die dabei anfallenden Kosten.

Artikel 6
Abnahme und Unterhaltung

(1) Nach Abschluß der Bauarbeiten wird die Brücke von den zuständigen Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten in Anwesenheit der Unternehmer abgenommen.

(2) Die Unterhaltung des Brückenbauwerks wird von der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Die Grenze der Unterhaltung ist das Brückenwiderlager auf luxemburgischer Seite.

(3) Die Unterhaltung umfaßt auch Beleuchtung, Winterdienst und laufende Reinigung der Brücke.

(4) Die erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen sowie deren Umfang werden von Fall zu Fall in Abstimmung mit der Straßenbauverwaltung des Großherzogtums Luxemburg festgelegt. Dies gilt nicht für Maßnahmen der in Absatz 3 genannten Art.

(5) Die Kosten der Unterhaltung werden entsprechend den Grundsätzen des Artikels 3 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg aufgeteilt.

Artikel 7
Betretungsrecht

(1) Die mit dem Bau oder der Unterhaltung der Brücke einschließlich der Beleuchtung, des Winterdienstes und der laufenden Reinigung beauftragten Beschäftigten jedes Vertragsstaats wie auch alle anderen am Bau oder an der Unterhaltung beteiligten Personen dürfen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Grenze überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle oder der Brücke aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer nach dessen Recht etwa erforderlichen Aufenthaltserlaubnis bedürfen.

dans lesdits frais, n'est pas à prendre en considération. Cette taxe est uniquement à charge de la République fédérale d'Allemagne.

Article 4
Paiement

(1) Le Grand-Duché de Luxembourg rembourse à la République fédérale d'Allemagne sa part aux acomptes payés aux commissionnaires au fur et à mesure de l'avancement des travaux.

(2) La République fédérale d'Allemagne communique, deux mois à l'avance, au Grand-Duché de Luxembourg le montant des fonds estimés nécessaires pour le paiement des acomptes et l'informe en même temps de l'état des dépenses moyennant des relevés mentionnant le montant et l'échéance des acomptes.

(3) Le Grand-Duché de Luxembourg règle le solde de sa quote-part après réception de l'ouvrage et établissement du décompte.

(4) Tous les paiements se font en «Deutsche Mark».

(5) En cas de divergences, les montants non contestés ne peuvent pas être retenus.

(6) Le Grand-Duché de Luxembourg reçoit les doubles des contrats de construction, des bordereaux de commandes ainsi que des décomptes arrêtés.

Article 5
Acquisition de terrain

Chaque Etat contractant veille à ce que les terrains situés sur son territoire et nécessaires à la construction du pont à titre temporaire ou définitif soient disponibles en temps voulu, et supporte les frais correspondants.

Article 6
Réception et entretien

(1) Après l'achèvement des travaux de construction, la réception du pont se fait par les administrations compétentes des deux Etats contractants, en présence des entrepreneurs.

(2) La République fédérale d'Allemagne se charge de l'entretien de l'ouvrage. La limite de cet entretien est la culée du pont du côté luxembourgeois.

(3) L'entretien du pont comprend l'éclairage, le service d'hiver et le nettoyage courant.

(4) Les mesures d'entretien nécessaires, ainsi que leur envergure sont arrêtées de cas en cas en concertation avec l'Administration des Ponts et Chaussées du Grand-Duché de Luxembourg. Cette disposition n'est pas applicable aux mesures prévues à l'alinéa (3).

(5) Les frais d'entretien sont répartis entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République fédérale d'Allemagne, conformément aux principes énoncés à l'article 3.

Article 7
Droit d'accès

(1) Les personnes chargées par chaque Etat contractant des travaux de construction ou d'entretien du pont, y compris l'éclairage, le service d'hiver et le nettoyage courant, ainsi que toutes les autres personnes participant à la construction ou à l'entretien peuvent, pour l'exécution de leurs tâches, franchir la frontière et séjourner sur la partie du chantier ou du pont se trouvant sur le territoire de l'autre Etat contractant, sans pour autant avoir besoin d'une autorisation de séjour éventuellement exigée par la législation de cet Etat.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten Personen müssen einen Nationalpaß oder einen mit Lichtbild versehenen amtlichen Personalausweis mit sich führen. Wenn sie nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Gemeinschaften besitzen, müssen sie außerdem die Aufenthaltserlaubnis des Vertragsstaats mit sich führen, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

(3) Außer den in Absatz 2 genannten Papieren müssen die in Absatz 1 genannten Beschäftigten einen Dienstausweis, die anderen im gleichen Absatz genannten Personen eine Bescheinigung des sie beschäftigenden Unternehmens mit sich führen, aus der hervorgeht, daß sie an den Arbeiten beteiligt sind.

(4) Jeder der Vertragsstaaten wird Personen, die unter Verletzung dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Staates gelangt sind, jederzeit nach den zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen formlos zurückübernehmen.

(2) Les personnes affectées aux travaux et qui sont mentionnées à l'alinéa (1), ainsi que les autres personnes mentionnées au même alinéa doivent être porteur d'un passeport national ou d'une carte d'identité officielle munie d'une photographie. Si ces personnes ne sont pas ressortissantes d'un pays membre des Communautés Européennes, elles doivent en plus être porteur de l'autorisation de séjour de l'Etat contractant dans lequel elles ont leur domicile.

(3) Outre les pièces évoquées à l'alinéa (2), les personnes affectées aux travaux et mentionnées à l'alinéa (1), doivent être porteur d'une carte de service. Les autres personnes mentionnées au même alinéa doivent être porteur d'une attestation délivrée par l'entreprise auprès de laquelle elles sont employées et qui certifie qu'elles participent aux travaux.

(4) Chaque Etat contractant reprend à tout moment et sans formalités, conformément aux dispositions arrêtées d'un commun accord, les personnes qui se sont trouvées sur le territoire de l'autre Etat en violation de la présente Convention.

Artikel 8
Steuerliche Bestimmungen

(1) Die Baustelle und das Bauwerk gelten hinsichtlich der indirekten Steuern einschließlich der Eingangsabgaben und hinsichtlich des Ein- und Ausfuhrrechts als deutsches Hoheitsgebiet, soweit es sich um Lieferungen und Einfuhren von Gegenständen und um sonstige Leistungen handelt, die für den Bau der Brücke oder für ihre Unterhaltung nach Artikel 6 bestimmt sind.

(2) Für Waren, die aus dem freien Verkehr des Großherzogtums Luxemburg stammen, wird bei der Einfuhr in die Bundesrepublik Deutschland Einfuhrumsatzsteuer nicht erhoben, soweit die Waren zum Bau oder zur Unterhaltung der Brücke verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die zum Bau oder zur Unterhaltung der Brücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden verständigen sich und leisten einander jede notwendige Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die deutschen Beamten dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der gesamten Baustelle und dem gesamten Bauwerk aufzuhalten und dort die Maßnahmen zu treffen, die in den deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Die deutschen Behörden sind jedoch nicht berechtigt, luxemburgische Staatsangehörige im Hoheitsgebiet des Großherzogtums Luxemburg festzunehmen.

(5) Von diesem Abkommen unberührt bleibt das Abkommen vom 23. August 1958 zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und Grundsteuern und das Ergänzungsprotokoll vom 15. Juni 1973 zur Änderung des Abkommens vom 23. August 1958.

Article 8
Dispositions fiscales

(1) En ce qui concerne les impôts indirects, y compris les droits d'entrée et la législation applicable en matière d'importation et d'exportation, le chantier et l'ouvrage sont considérés comme territoire allemand, pour autant qu'il s'agit de livraisons et d'importations de biens ainsi que d'autres prestations destinées à la construction du pont ou à son entretien conformément à l'article 6.

(2) Lors de l'importation en République fédérale d'Allemagne de marchandises provenant de la libre circulation au Grand-Duché de Luxembourg, la taxe sur la valeur ajoutée due à l'importation n'est pas perçue, pour autant que les marchandises sont affectées à la construction ou à l'entretien du pont. Cette disposition est applicable dès le début de la construction. Aucune garantie n'est exigée. La première phrase de cet alinéa n'est pas applicable lors de l'importation de marchandises destinées aux administrations des travaux publics.

(3) Les marchandises nécessaires à la construction ou à l'entretien du pont ne sont soumises à aucune interdiction ni restriction lors de l'importation et de l'exportation.

(4) Dans le cadre des dispositions des alinéas (1) à (3), les administrations fiscales et douanières compétentes se concertent et se prêtent mutuellement toute assistance nécessaire lors de l'application de leurs prescriptions légales et administratives. Les fonctionnaires allemands de ces administrations sont autorisés à séjourner sur l'ensemble du chantier et de l'ouvrage et à y prendre les mesures prévues par les prescriptions légales et administratives allemandes. Les autorités allemandes ne sont cependant pas autorisées à arrêter des ressortissants luxembourgeois sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg.

(5) La présente Convention ne porte pas atteinte à la Convention du 23 août 1958 tendant à éviter les doubles impositions et à établir des règles d'assistance administrative réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune et en matière d'impôt commercial et d'impôt foncier ainsi qu'au Protocole complémentaire du 15 juin 1973 portant modification de la Convention du 23 août 1958.

Artikel 9
Technische Kommission

(1) Es wird eine deutsch-luxemburgische Technische Kommission gebildet. Den Vorsitz in der Kommission führen die

Article 9
Commission technique

(1) Une Commission technique germano-luxembourgeoise est instituée. Les chefs de délégation en assument à tour de

Delegationsleiter abwechselnd für jeweils sechs Monate. Die Beschlüsse der Kommission werden im gegenseitigen Einvernehmen gefaßt.

(2) Die Kommission hat die Aufgabe, den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten zur

a) Festlegung des Standorts, der Hauptmaße und der Gestaltung der Brücke,

b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,

c) Prüfung des Entwurfs und des Vergabevorschlags,

d) Einigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,

e) Abnahme des Bauwerks,

f) Kostenteilung,

g) Übergabe und Übernahme der Brücke,

h) Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Streitigkeiten.

(3) Jede Delegation in der Kommission kann sich von den zuständigen Verwaltungen des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

Artikel 10

Schiedsverfahren

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die Vertragsstaaten gütlich beigelegt. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die Technische Kommission um Stellungnahme bitten.

(2) Kann eine Streitigkeit nicht gütlich beigelegt werden, so wird sie auf Antrag eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall in der Weise gebildet, daß jeder Vertragsstaat einen Schiedsrichter bestellt. Die beiden so bestellten Schiedsrichter ernennen einen Obmann, der weder die deutsche noch die luxemburgische Staatsangehörigkeit besitzt.

(4) Sind die Schiedsrichter und der Obmann nicht binnen zwei Monaten seit der Antragstellung nach Absatz 2 bestellt worden, so kann jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

Ist der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften verhindert oder besitzt er die deutsche oder luxemburgische Staatsangehörigkeit, so wird der dienstälteste Kammerpräsident gebeten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsstaaten bindend.

(6) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den von ihm bestellten Schiedsrichter. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

Artikel 11

Berlin-Klausel

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

rôle la présidence tous les six mois. Les décisions de la Commission sont prises d'un commun accord.

(2) La Commission a pour attribution de soumettre aux Etats contractants des recommandations concernant:

a) l'implantation ainsi que la détermination des dimensions principales et de la structure du pont,

b) la détermination de l'envergure des travaux communs,

c) l'examen du projet et de la proposition d'adjudication,

d) l'accord sur les paiements et les modalités y relatives,

e) la réception de l'ouvrage,

f) la répartition des frais,

g) la remise et l'acceptation du pont,

h) l'interprétation et l'application de la Convention en cas de litiges.

(3) Chaque délégation de la Commission a le droit de se faire présenter par les administrations compétentes de l'autre Etat contractant les documents qu'elle estime nécessaires pour préparer les décisions de la Commission.

Article 10

Procédure d'arbitrage

(1) Les litiges relatifs à l'interprétation et à l'application de la présente Convention sont réglés, dans la mesure du possible, à l'amiable par les Etats contractants. A cette fin, chaque Etat contractant peut demander à la Commission technique de prendre position.

(2) Dans le cas où un litige ne peut pas être réglé à l'amiable, il est soumis à la demande d'un des Etats contractants à un tribunal arbitral.

(3) Le tribunal arbitral est constitué, de cas en cas, chaque Etat contractant désignant un arbitre. Les deux arbitres ainsi nommés désignent un tiers arbitre qui ne peut être de nationalité luxembourgeoise ou allemande.

(4) A défaut de désignation des arbitres et du tiers arbitre dans un délai de deux mois à partir de la requête formulée conformément à l'alinéa (2), chaque Etat contractant peut inviter le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes à procéder aux nominations requises.

Au cas où le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes est empêché ou s'il est de nationalité luxembourgeoise ou allemande, le Président de la Chambre le plus ancien en rang est invité à procéder aux nominations requises.

(5) Le tribunal arbitral décide à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires pour les Etats contractants.

(6) Chaque Etat contractant prend à charge les frais pour l'arbitre qu'il a nommé. Les frais pour le tiers arbitre ainsi que tous autres frais sont supportés, à parts égales, par les Etats contractants. Le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

Article 11

Clause de Berlin

La présente Convention s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Artikel 12

Ratifikation, Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Article 12

Ratification, Entrée en vigueur

(1) La présente Convention sera ratifiée. L'échange des instruments de ratification se fera à Bonn.

(2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit l'échange des instruments de ratification.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Luxemburg am 31. Januar 1983 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Luxembourg, le 31 janvier 1983, en deux originaux en langues française et allemande, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
G. Knackstedt

Für das Großherzogtum Luxemburg
Pour le Grand-Duché de Luxembourg
Flesch

Der Botschafter
Der Bundesrepublik Deutschland

Luxemburg, 31. Januar 1983

Exzellenz,

Anläßlich der heute erfolgten Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Bau und die Unterhaltung einer Grenzbrücke über die Sauer zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert habe ich die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Regelungen entsprechend denen, die in Artikel 8 dieses Abkommens zugunsten der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen sind, sollen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zugunsten des Großherzogtums Luxemburg für den Fall vorgesehen werden, daß ein vergleichbares grenzüberschreitendes Bauwerk errichtet wird und die Errichtung und Unterhaltung des Bauwerks dadurch erleichtert werden könnten. In diesem Fall würden die Regierungen der Vertragsstaaten sich rechtzeitig über die zu treffenden Maßnahmen verständigen; diese Verständigung würde in gut nachbarschaftlichem Geist und im Rahmen der gemeinsamen Verkehrsplanung vor sich gehen.

Falls sich die Regierung des Großherzogtums Luxemburg mit dem Vorstehenden einverstanden erklären kann, werden dieses von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gebilligte Schreiben und Ihre Antwort als Bestandteil des Abkommens angesehen werden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Knackstedt

An den
Großherzoglich-Luxemburgischen
Minister der Auswärtigen Angelegenheiten
Frau Colette Flesch
Luxemburg

(Übersetzung)

Ministerium
der Auswärtigen Angelegenheiten

Luxemburg, 31. Januar 1983

Herr Botschafter,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, dessen Inhalt wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ich beehre mich, Ihnen zu bestätigen, daß die Regierung von Luxemburg mit den obigen Vorschlägen einverstanden ist.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

C. Flesch

Seiner Exzellenz
Herrn Günter Knackstedt
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Ministère
des Affaires Étrangères

Luxembourg, le 31 janvier 1983

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre en date d'aujourd'hui conçue dans les termes suivantes:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

J'ai l'honneur de vous confirmer que le Gouvernement luxembourgeois marque son accord sur ce qui précède.

Je saisis cette occasion, Monsieur l'Ambassadeur, pour renouveler à votre Excellence l'assurance de ma très haute considération.

C. Flesch

Son Excellence Monsieur Günter Knackstedt
Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire
de la République fédérale d'Allemagne
à Luxembourg

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guinea über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 23. August 1984

In Conakry ist am 23. April 1984 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guinea über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 23. April 1984

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. August 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guinea über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Guinea –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guinea,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Guinea beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Guinea oder einem von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfänger, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Telexzentrale in Conakry" einen Finanzierungsbeitrag bis zu 19 000 000,– DM (in Worten: neunzehn Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Einschließlich des mit Abkommen vom 16. September 1982 für das Vorhaben „Warenhilfe II – Sofortprogramm Telexzentrale" zugesagten Finanzierungsbeitrags von bis zu 1 500 000,– DM (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Deutsche Mark) stehen für das in Absatz 1 genannte Vorhaben insgesamt bis zu 20 500 000,– DM (in Worten: zwanzig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) zur Verfügung.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Finanzierungsbeitrages, die Bedingungen, zu denen er gewährt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließende Finanzierungsvertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Guinea stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrages in der Republik Guinea erhoben werden, frei.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Guinea überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Guinea innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Conakry am 23. April 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Bernhard Zimmermann

Für die Regierung der Republik Guinea
Fodò Momo Camara

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Somalia über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 23. August 1984

In Mogadischu ist am 30. Juni 1984 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Somalia über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 30. Juni 1984

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. August 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Somalia über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Demokratischen Republik Somalia –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Somalia,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Demokratischen Republik Somalia beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Demokratischen Republik Somalia, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Dienstleistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage einen Finanzierungsbeitrag bis zu DM 20 000 000,– (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge beziehungsweise Leistungsverträge nach der Unterzeichnung des nach Artikel 2 zu schließenden Finanzierungsvertrages abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließende Finanzierungsvertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Demokratischen Republik Somalia stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Demokratischen Republik Somalia erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Demokratischen Republik Somalia überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die

freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmung des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Demokratischen Republik Somalia innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Mogadischu am 30. Juni 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher, somalischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des somalischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
M. Florin

Für die Regierung
der Demokratischen Republik Somalia
Dr. Abdurahman Jama Barre

Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Somalia über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 30. Juni 1984 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
   a) industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
   b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,
   c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
   d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel,
   e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Demokratischen Republik Somalia von Bedeutung sind.
2. Einfuhrgüter, die in der Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters

Vom 28. August 1984

Das Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters (BGBl. 1957 II S. 170) ist nach seinem Artikel X für

Portugal am 11. Juni 1984

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Februar 1982 (BGBl. II S. 252).

Bonn, den 28. August 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die gegenseitige Anerkennung der Beschußzeichen für Handfeuerwaffen

Vom 28. August 1984

Das Übereinkommen vom 1. Juli 1969 über die gegenseitige Anerkennung der Beschußzeichen für Handfeuerwaffen (BGBl. 1971 II S. 989) ist nach seinem Artikel VII Abs. 1 für

Finnland am 27. Juni 1984

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Mai 1980 (BGBl. II S. 695).

Bonn, den 28. August 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme

Vom 28. August 1984

Das Internationale Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme (BGBl. 1980 II S. 1361) ist nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für

Portugal am 5. August 1984

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Mai 1984 (BGBl. II S. 549).

Bonn, den 28. August 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes

Vom 28. August 1984

Die Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (BGBl. 1954 II S. 729) ist nach ihrem Artikel XIII Abs. 3 für

Togo am 22. August 1984

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Juli 1984 (BGBl. II S. 662).

Bonn, den 28. August 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation

Vom 28. August 1984

Das Übereinkommen vom 6. März 1948 über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 1982 (BGBl. II S. 873, 956) ist nach seinem Artikel 6 in Verbindung mit Artikel 67 für

Vietnam	am 12. Juni 1984

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. September 1983 (BGBl. II S. 623).

Bonn, den 28. August 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzübereinkommens über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken

Vom 28. August 1984

Das Zusatzübereinkommen vom 7. September 1956 über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken (BGBl. 1958 II S. 203) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 2 für

Kamerun	am 27. Juni 1984

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. Januar 1984 (BGBl. II S. 57).

Bonn, den 28. August 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt

Vom 28. August 1984

Das in Paris am 16. November 1972 von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur auf ihrer 17. Tagung beschlossene Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (BGBl. 1977 II S. 213) wird nach seinem Artikel 33 für

Sambia	am 4. September 1984

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Juni 1984 (BGBl. II S. 613).

Bonn, den 28. August 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte

Vom 28. August 1984

Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) ist nach seinem Artikel 49 Abs. 2 für

Sambia	am	10. Juli 1984
Togo	am	24. August 1984

in Kraft getreten; er wird ferner für

Kamerun	am 27. September 1984

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Juli 1984 (BGBl. II S. 658).

Bonn, den 28. August 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 54,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,65 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1983 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,10 DM (3,30 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Vom 28. August 1984

Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (BGBl. 1973 II S. 1569) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für

Sambia	am	10. Juli 1984
Togo	am	24. August 1984

in Kraft getreten; er wird ferner für

Kamerun	am 27. September 1984

in Kraft treten.

Sambia hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde den nachstehenden Vorbehalt gemacht:

"The Government of the Republic of Zambia states that it reserves the right to postpone the application of article 13 (2) (a) of the Covenant, in so far as it relates to primary education; since, while the Government of the Republic of Zambia fully accepts the principles embodied in the same article and undertakes to take the necessary steps to apply them in their entirety, the problems of implementation, and particularly the financial implications, are such that full application of the principles in question cannot be guaranteed at this stage."

(Übersetzung)

„Die Regierung der Republik Sambia erklärt, daß sie sich das Recht vorbehält, die Anwendung des Artikels 13 Absatz 2 Buchstabe a des Paktes zurückzustellen, soweit er sich auf den Grundschulunterricht bezieht; die Regierung der Republik Sambia erkennt zwar die in dem genannten Artikel niedergelegten Grundsätze voll an und verpflichtet sich, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um sie in ihrer Gesamtheit anzuwenden, doch sind die Probleme der Durchführung, insbesondere die finanziellen Auswirkungen, derart, daß eine volle Anwendung der betreffenden Grundsätze zu diesem Zeitpunkt nicht gewährleistet werden kann."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Juli 1984 (BGBl. II S. 658).

Bonn, den 28. August 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele